

Predigt und Politik

In der Osterwoche trafen sich eine prominente Runde beim Generalvikar Martin Grichting im bischöflichen Schloss zu einer politischen Diskussion. Die Runde soll die Frage diskutiert haben, ob sich die Kirche zu politischen Fragen äussern oder besser schweigen soll. Man sei sich unter den Politikern einig geworden, so die Berichterstatter, dass es besser sei, wenn die Kirche schweige. Die Aufforderung, dass die Kirche sich um sogenannte Eigentliche kümmern, sich aber nicht politisch oder zu gesellschaftlich aktuellen Fragen äussern solle, ist nicht neu. Die Kritik an dem gesellschaftlichen Engagement der Kirche wird dann besonders deutlich, wenn sie sich mit der politischen Haltung der Kritiker nicht deckt. Mich kann die Schlussfolgerung nicht so richtig überzeugen. Sie steht auch in einem gewissen Kontrast dazu, wenn die NZZ am Ostersonntag prominent auf der Frontseite Ostern erklärt. Gehört es nicht sogar zum Wesen der Kirche, sich öffentlich zu Wort zu melden und unbequeme Fragen zu stellen, wo es um Menschenwürde, Solidarität, Schöpfung und christliche Grundhaltungen geht? Deswegen sollen Predigten auch gesellschaftliche Probleme aufgreifen dürfen, um das Bewusstsein für die ethische Dimension von politischen Entscheidungen zu schärfen suchen. Die Kirche darf politisch sein; nicht jedoch parteipolitisch. Die Schlussfolgerung muss jeder für sich selbst ziehen. Christen können, auch wenn sie auf dem gleichen Wertefundament stehen, zu konkreten Themen unterschiedlicher Meinung sein. In der Abwägung zwischen den christlichen Idealen der Humanität und der Realpolitik kann es, darin liegt das Eingeständnis der Politik, keine ideale Lösung geben. Die gibt es im Übrigen fast nie. In der Politik können wir uns nur entscheiden zwischen guten und weniger guten Lösungen, manchmal sogar nur zwischen den weniger schlechten. Aber genau das ist Politik. Der Kirche das mahnende Wort verbieten zu wollen, halte ich aber für nicht gerechtfertigt. Denn Kirche ist Teil unserer säkularen Gesellschaft auch nach Ostern.

Stefan Engler, Ständerat